



Rotherbaron:

Der mündige Bürger als Feiertagskonstrukt Zum Widerspruch von Demokratie und Führertum

"Aufklärung ist der Ausgang des Menschen aus seiner selbst verschuldeten Unmündigkeit. Unmündigkeit ist das Unvermögen, sich seines Verstandes ohne Leitung eines anderen zu bedienen. Selbstverschuldet ist diese Unmündigkeit, wenn die Ursache derselben nicht am Mangel des Verstandes, sondern der Entschließung und des Mutes liegt, sich seiner ohne Leitung eines andren zu bedienen. Sapere aude! Habe Mut, dich deines eigenen Verstandes zu bedienen! ist also der Wahlspruch der Aufklärung."

(Kant 1784b: 53)

Diese Sätze Immanuel Kants sind den meisten von uns aus der Schulzeit oder aus Feiertagsreden geläufig. Weniger bekannt ist, dass Kant im selben Zusammenhang auch die Hemmnisse, die einer freien, ungehinderten Verwendung des eigenen Verstandes entgegenstehen, klar benannt hat. Im Einzelnen unterscheidet er hier zwischen folgenden möglichen Hindernissen:

1. Hemmnisse, die auf der Ebene des einzelnen Subjekts selbst zu verorten sind. Hier erwähnt Kant an erster Stelle "Faulheit und Feigheit": Es sei "so bequem, unmündig zu sein" (ebd.) und andere das Denken für sich übernehmen zu lassen.
2. Gründe, die sich aus den Herrschafts- und Machtbeziehungen zwischen den Menschen ergeben. Diejenigen, die Macht über andere ausüben, haben kein Interesse daran, dass andere diese Machtstrukturen kritisch hinterfragen: "Nachdem sie ihr Hausvieh zuerst dumm gemacht haben, und sorgfältig verhüteten, daß diese ruhigen Geschöpfe ja keinen Schritt außer dem Gängelwagen, darin sie sie einsperrten, wagen durften: so zeigen sie ihnen nachher die Gefahr, die ihnen drohet, wenn sie es versuchen, allein zu gehen" (ebd.: 53 f.).
3. Beschränkungen, die aus den Strukturen der Sprache und des Denkens selbst resultieren, also aus den vorgefertigten Begriffsgittern und den sich daraus ergebenden Deutungsmustern, die unser Denken einengen. Kant spricht in diesem Kontext von "Satzungen und Formeln" als den "Fußschellen einer immerwährenden Unmündigkeit" (ebd.: 54).
4. Bremswirkungen, die auf den Beharrungskräften der Mehrheit beruhen. Bei Kant leitet sich hieraus eine grundlegende Skepsis gegenüber der Möglichkeit einer revolutionären Umgestaltung der Gesellschaft ab.

Eine Revolution könne zwar zu einem "Abfall von (...) gewinnsüchtiger oder herrschsüchtiger Bedrückung" führen, aber niemals eine "wahre Reform der Denkungsart" bewirken. Vielmehr würden sich in diesem Fall die alten "Vorurteile" nur in ein neues Gewand kleiden und die unfreien Verhältnisse mit neuen Akteuren fortleben (ebd.: 54 f.).

Seine Überzeugung, wonach es "beinahe unausbleiblich" sei, "daß (...) ein Publikum sich aufkläre, (...) wenn man ihm nur Freiheit lässt" (ebd.: 54), versieht Kant vor diesem Hintergrund mit zwei Einschränkungen. Diese beziehen sich zunächst auf den Prozesscharakter des Aufklärungsvorgangs, also darauf, dass dieser sich nicht eruptiv, sondern durch eine langsame, prinzipiell unendliche Annäherung an das Ideal volliger Mündigkeit ereignet. Dies bedeutet zugleich, dass nicht jede Erkenntnis, die sich aus dem aufklärerischen Diskurs ergibt, auch sogleich praktische Konsequenzen haben muss.

Die von Kant geforderte Freiheit ist eine geistige Freiheit, die das uneingeschränkte Hinterfragen gesellschaftlicher Zustände ermöglichen und so zu deren sukzessiver Verbesserung beitragen soll. Dementsprechend unterscheidet er zwischen einem "privaten" und einem "öffentlichen" Gebrauch der Vernunft (vgl. ebd.: 55 ff.). "Privat" meint dabei jene Sphäre, die wir heute eher als die "öffentliche" bezeichnen würden, nämlich den Gebrauch der Vernunft im Rahmen eines Amtes, das jemand bekleidet. Hier hat man sich nach Kant an die jeweils geltenden Regeln zu halten, auch wenn sie einem entsprechend dem jeweiligen aufgeklärten Diskurs 'unvernünftig' erscheinen. Letzterer ist für Kant "öffentlich" im Sinne des freien Diskurses eines kritischen Publikums, das durch eben diesen Diskurs langfristig auf eine Veränderung der als 'unvernünftig' erkannten Zustände hinwirken soll.

Dieser scheinbare Widerspruch erklärt sich daraus, dass nach Kants Überzeugung der Mensch dazu neigt, "seine Freiheit in Ansehung anderer seinesgleichen" zu missbrauchen (Kant 1784a: 40). Uneingeschränkte Freiheit würde deshalb paradoxe Weise zu einer Einschränkung der Freiheit führen, da einige dann ihre Freiheit auf Kosten anderer ausleben würden. Notwendig ist daher Kant zufolge ein Regelwerk, das sicherstellt, dass das individuelle Streben nach persönlicher Entfaltung "der Freiheit anderer, einem ähnlichen Zwecke nachzustreben", nicht im Wege steht, dass also die Freiheit jedes Einzelnen "mit der Freiheit von jedermann nach einem möglichen allgemeinen Gesetze zusammen bestehen kann" (Kant 1793: 145).

Da feste Regeln für das soziale Zusammenleben somit dem Freiheitsstreben jedes Einzelnen zwar Grenzen setzen, es im Kern aber erst ermöglichen, liegt es im Interesse aller, manche Regeln zumindest für

eine Übergangszeit auch dann zu akzeptieren, wenn sie der eigenen Überzeugung widersprechen. Garant sowohl für die Stabilität dieser Regeln als auch für die Möglichkeit, sie diskursiv zu hinterfragen und so auf längere Sicht aufzuweichen, kann dabei nach Kants Überzeugung nicht das geehrte "Publikum" selbst sein. Denn dieses wäre in seiner geistigen Freiheit sowohl durch mögliche "Vormünder" in seinen eigenen Reihen als auch durch den allgemeinen Hang des Menschen, "seine Freiheit [zu] mißbrauchen, wenn er keinen über sich hat, der nach den Gesetzen über ihn Gewalt ausübt" (Kant 1784a: 41), bedroht.

Als einzige denkbare Lösung bietet sich nach Kant die freiwillige Unterordnung unter ein "Oberhaupt" an, das die Freiheit aller garantiert. Kant räumt zwar selbst ein, dass die Idee eines solchen "höchste[n] Oberhaupt[s]", das "gerecht für sich selbst, und doch ein Mensch" sein soll, im Grunde ein Widerspruch in sich sei (ebd.). Es sei daher immer nur eine "Annäherung zu dieser Idee" (ebd.) – wie sie Kant für seine Zeit am ehesten in einem aufgeklärts-absolutistischen Monarchen wie dem Preußenkönig Friedrich II. verwirklicht sah (vgl. Kant 1784b: 59 f.) – möglich. Deren Umsetzung sieht er allerdings auch durch das Naturell des Menschen begünstigt. Denn dieser sei nun einmal "ein Tier, das, wenn es unter andern seiner Gattung lebt, einen Herrn nötig hat" (Kant 1784a: 40).

Ganz ähnlich klingt das, was Gustave Le Bon 111 Jahre später über die "Masse" und ihren Hang, sich einem "Führer" unterzuordnen, sagt: "Die Masse ist eine Herde, die sich ohne Hirten nicht zu helfen weiß" (Le Bon 1895: 83). Nun stellt allerdings bei Kant die Unterordnung unter einen "Herrn" einen Akt der Vernunft dar, welcher der Ermöglichung einer auch und gerade geistigen Freiheit dienen soll, die andernfalls durch die rücksichtslose Entfaltung der Freiheit anderer gefährdet wäre. Bei Le Bon hingegen entspringt die Neigung, sich Führern anzuschließen, gerade umgekehrt dem Hang des Menschen, seine geistige Freiheit als Bürde zu empfinden und lieber andere für sich denken und entscheiden lassen. Sie beruht hier also gerade auf einer Verweigerungshaltung gegenüber dem von Kant geforderten "Sapere aude" und damit auf dem Gegenteil dessen, was dieser durch das Konstrukt eines die allgemeine Ordnung gewährleistenden Oberhaupts garantiert sieht: eines Umfelds, in dem die geistige Freiheit sukzessive eine allgemeine Aufklärung bewirken kann.

Ausdrücklich betont Le Bon, dass die Tendenz, sich der "Herrschaft eines Führers" unterzuordnen, "in allen sozialen Schichten, von der höchsten bis zur niedrigsten", bestehe (ebd.: 85). Auch Zeitungen – heute würden wir allgemeiner sagen: die Medien – könnten Funktionen eines Führers übernehmen, indem sie "ihren Lesern Meinungen anfertigen und Redensarten bieten, welche alles Denken ersparen" (ebd.). In beiden

Fällen würde ein ohnehin bestehender Trend zur Denkfaulheit verstärkt. Nicht wenige Menschen seien der Ansicht, "mit einem kleinen Vorrat von Redewendungen und Gemeinplätzen (...) alles Nötige" zu besitzen, "um ohne die ermüdende Notwendigkeit, nachdenken zu müssen, durchs Leben zu gehen" (73).

Diese Denk- oder vielmehr Denkverweigerungshaltung können sich auch Redner auf Massenveranstaltungen zunutze machen. Anstatt mit Argumenten für ihre Positionen zu werben, können sie die Zuhörer "durch geschickte Anwendung von Worten und Redewendungen" (71) auf ihre Seite ziehen. Le Bon betont dabei insbesondere die Bedeutung mancher sehr allgemeiner "Schlagworte" (142) wie etwa "Demokratie, Sozialismus, Gleichheit, Freiheit" (72). Diese würden auf Seiten der Adressaten, "völlig unabhängig von ihrer wahren Bedeutung" (ebd.) mit bestimmten Bildern assoziiert: "Das Wort ist nur der Klingelknopf, der sie hervorruft." (ebd.) Die entsprechenden Begriffe seien daher unmittelbar, unter Ausschaltung der Vernunft, wirksam.

Die großen (Ver-)Führer der Massen zeichnen sich nach Le Bon insbesondere durch eine besondere – intuitiv oder bewusst eingesetzte – Skrupellosigkeit im Umgang mit diesen rhetorischen Mechanismen aus. Verstärkend wirken sich dabei insbesondere die Wirkungsmittel der Behauptung, der Wiederholung und der von Le Bon so genannten "contagion mentale" (geistigen Übertragung bzw. Ansteckung) aus (vgl. ebd.: 15 f. und 88 ff.).

Eine Behauptung ist nach Le Bon umso wirkungsvoller, "je freier sie von Beweisen und Belegen ist" (88) – denn das Unbewiesene, nicht Belegte kann auch nicht durch entsprechende Gegenbeweise widerlegt werden. Dauerhaften Einfluss erlangt die Behauptung dadurch, dass sie "ständig wiederholt wird, und zwar möglichst mit denselben Ausdrücken" (ebd.). Dadurch verfestige sich das Wiederholte mit der Zeit "so sehr in den Köpfen, dass es schließlich als eine bewiesene Wahrheit angenommen wird" (ebd.). Am Ende entstehe hieraus eine Art "courant d'opinion", eine "geistige Strömung", durch die "der mächtige Mechanismus der Ansteckung" in Gang gesetzt werde (89). Bestimmte Ideen, Meinungen oder Einstellungen würden dann wie Mikroben von einem auf den anderen Menschen übergehen.

Eine derartige "geistige Übertragung" (15) müsse nicht zwingend durch die gemeinsame Anwesenheit mehrerer Menschen an bestimmten Orten erfolgen. Vielmehr könnten hier auch bedeutsame Ereignisse als eine Art Katalysator fungieren, der die Menschen geistig einander annäherte und sie für die entsprechenden Parolen empfänglich mache. (Man denke hier etwa an die hysterische Kriegsbegeisterung im Sommer 1914 oder in unseren Tagen an die vermehrte Ankunft von Flüchtlingen.) Die besondere

Anfälligkeit vieler Menschen für einfache Erklärungen und Handlungsempfehlungen, die in derartigen Situationen zu beobachten sei, bezeichnet Le Bon als "suggestibilité" (16) und rechnet sie folglich den "Erscheinungen hypnotischer Art" zu (15), bei denen der Hypnotiseur unmittelbar auf das Unbewusste des Hypnotisierten zugreife und so dessen Verhalten steuere.

Die Übertragung erweist sich damit als Bindemittel, als geistige Klammer, durch die eine Masse sich überhaupt erst als solche konstituiert. So erfordert auch deren Entstehung nach Le Bon nicht notwendigerweise "die gleichzeitige Anwesenheit mehrerer einzelner an einem einzigen Ort" (11). Zufällig auf einem Platz versammelte Menschen bildeten nicht notwendig eine Masse. Umgekehrt könne "bisweilen ein ganzes Volk (...) unter dem Druck gewisser Einflüsse zur Masse werden" (ebd.).

Im Unterschied zu einer einfachen Menschenmenge verfügt eine Masse Le Bon zufolge stets über eine "Gemeinschaftsseele" (10). Diese bedingt, dass die in der Masse zusammengeschlossenen Einzelnen "in ganz anderer Weise fühlen, denken und handeln, als jedes von ihnen für sich fühlen, denken und handeln würde" (13). Als Beispiel verweist Le Bon hier auf den Konvent der Französischen Revolution, in dem "aufgeklärte Bürger mit friedlichen Gewohnheiten", zur Masse vereinigt, "die offenbar unschuldigsten Menschen aufs Schafott" geschickt hätten (17 f.).

Die wesentlichen Charakteristika des Massen-Ichs sind nach Le Bon das "Schwinden der bewußten Persönlichkeit", die "Vorherrschaft des unbewußten Wesens", die "Leitung der Gedanken und Gefühle durch Beeinflussung und Übertragung in der gleichen Richtung" sowie eine "Neigung zur unverzüglichen Verwirklichung der eingeflößten Ideen" (17). Letzteres ergibt sich aus einem durch das Aufgehen in der Masse bedingten "Gefühl unüberwindlicher Macht", das zu einem Hang zur "Unverantwortlichkeit" und zu einem unkontrollierten Ausleben irrationaler Impulse führe (15).

Zum Führer einer so verstandenen Masse qualifiziert man sich dadurch, dass man das, was diese auszeichnet, in gesteigerter Form in sich vereinigt. Dies gilt auch und gerade für die geistige Ebene: Wie abwägendes, vernünftiges Argumentieren durch ihre Reden in den Zuhörern erstickt wird, sind auch diejenigen, die andere zur Unmündigkeit verführen bzw. sich diese zunutze machen, in der Regel selbst nicht hierzu fähig. Meistens seien sie, so Le Bon, eher "beschränkt" (86), hätten "wenig Scharfblick und könnten auch nicht anders sein, da Scharfblick im allgemeinen zu Zweifel" führe (83) und die Führer so davon abhalten würde, ihre Überzeugungen mit "Kraft und Gewalt" zu vertreten und durchzusetzen (143). Man finde sie "namentlich unter den Nervösen,

Reizbaren, Halbverrückten, die sich an der Grenze des Irrsinns befinden" (83).

Ausdrücklich bezieht Le Bon diese für ihn logische "Verbindung von starker Überzeugung mit außergewöhnlicher Beschränktheit des Geistes" (144) auch auf Parlamentsdebatten. Auch hier hätte "der unbekannte Redner, dessen Rede gute Beweisgründe" enthalte, aber ohne die undifferenzierte Kraft platter Behauptungen vorgetragen werde, "keine Aussicht, auch nur angehört zu werden" (ebd.).

Als eine Art immaterielle Krone verfügt jeder Führer über etwas, das Le Bon als "prestige" bezeichnet (92 ff.). Dabei unterscheidet er zwischen erworbenem und aus der Persönlichkeit des Betreffenden selbst abzuleitendem "prestige". In ersterem Fall kommt der französische Begriff dem heutigen Verständnis von "Prestige" nahe und bezeichnet die Meriten, die sich jemand etwa durch beruflichen Erfolg oder in Ausübung eines öffentlichen Amtes erworben hat. Die äußeren Kennzeichen dieser Art von "prestige" können eine besondere Berufskleidung wie die Uniform der Offiziere oder die Roben der Richter, aber auch bestimmte Statussymbole wie ein teures Haus oder Markenkleider sein. Das "prestige personnel" entspricht dagegen eher dem, was man als charismatische Ausstrahlung bezeichnen würde. Es kann, muss aber nicht mit dem erworbenen "prestige" zusammen auftreten.

Im Rahmen seiner Auseinandersetzung mit den Thesen Le Bons hat Sigmund Freud später die Beziehungen zwischen Masse und Führer um den Aspekt des Ich-Ideals erweitert, das die Anhänger eines Führers in diesem gespiegelt fänden (vgl. Freud 1921). Freud zufolge ergeben sich aus den so eingeleiteten Identifikationsprozessen zugleich die Bindewirkungen innerhalb der Masse, da alle Einzelnen ihre libidinöse Energie auf ein und dasselbe Objekt richteten. Die Berücksichtigung derartiger Projektionsprozesse erscheint wichtig, um etwa die enorme Anziehungskraft zu verstehen, die ein Adolf Hitler auf die Massen ausüben konnte. Dass dies möglich war, obwohl "der Führer" beruflich gescheitert war, über das Charisma eines Schiffschaukelbremsers verfügte und eher keifte als Reden hielt, wäre anders kaum zu erklären. Offenbar entsprach er so genau dem Prototyp des ressentimentgeladenen Kleinbürgers, dass zahlreiche Deutsche zu einem bestimmten historischen Zeitpunkt ihre eigenen Sehnsüchte nach einer Überwindung persönlicher Deklassierung und einer Rückkehr zu nationaler Größe auf ihn projizieren konnten.

Bei einem Vergleich der Ausführungen von Kant und Le Bon fällt auf, dass beide dem Willen des Einzelnen zur Überwindung seiner "selbst verschuldeten Unmündigkeit" mit einer gewissen Skepsis begegnen. In beiden Fällen werden die Gegenkräfte, denen gegenüber sich dieser Wille

behaupten muss, sowohl auf der Ebene des Einzelnen selbst – in seiner Bequemlichkeit und seinem Sicherheitsbedürfnis, das durch die Infragestellung der bestehenden Strukturen beeinträchtigt werden könnte – als auch auf der Ebene seiner sozialen Umgebung und der Herrschaftsbeziehungen, in die er verwoben ist, verortet. Dabei schätzt allerdings Kant die Eigendynamik eines Prozesses, in dem ein kritisches Publikum sich sukzessive selbst aufklärt, grundsätzlich optimistischer ein als Le Bon. Dieser betont eher die Gefahren, die derartigen Gruppenprozessen innewohnen, namentlich die Bedrohung der geistigen Autonomie der Einzelnen durch Führungspersönlichkeiten, die der Gruppe ihre Positionen aufzwingen und so alle Ansätze zu einem vernünftig abwägenden, kritischen Denken zunichte machen.

Sucht man nach Beispielen für Gruppenstrukturen, wie sie Kant bzw. Le Bon bei ihren theoretischen Überlegungen vorgeschwobt haben könnten, so ließen sich im Falle Kants wohl am ehesten geehrte Diskurse anführen – die sich dann freilich, anders als in der Realität der scientific community zu beobachten, eher an den platonischen Dialogen als an den Eitelkeiten des Wissenschaftsbetriebs orientieren müssten. Auch an die Küchengespräche sowjetischer und neuerdings wohl auch wieder russischer Dissidenten könnte man denken, bei denen der Wille, sich geistig gegen ein totalitäres Regime zu behaupten, eine auf gemeinsames, freiheitliches Handeln ausgerichtete Diskurskultur fördert, die der Herausbildung von Führerstrukturen entgegensteht.

Im Falle Le Bons muss man dagegen nicht lange suchen, um Illustrationen für die von ihm beschriebenen Gruppenprozesse zu finden. Seine Ausführungen über leere Behauptungen, denen durch stete Wiederholung der Anschein der Wahrheit gegeben wird, über politisches Führungspersonal, das die mangelnde Bereitschaft anderer zu differenzierendem Denken bereitwillig ausnutzt und verstärkt, und über das hohle Wortgeklingel politischer Schlagworte wecken unmittelbar Assoziationen an den Politikbetrieb in den modernen Massendemokratien. Wahlkämpfe erscheinen heutzutage ja geradezu als Wettbewerb um die sinnfreisten Parolen, die den Wählenden den breitesten Raum für eigene Assoziationen lassen – "Yes, we can" war nur die erfolgreichste davon.

Gerade diese ins Auge fallenden Übereinstimmungen mit der heutigen politischen Realität lassen jedoch die Unterschiede zu den Ausführungen Le Bons hervortreten. Wenn Le Bon von politischen Führern spricht, so hat er dabei offenbar Persönlichkeiten im Blick, die – mögen sie auch zu differenzierterem Denken nicht bereit oder fähig sein – doch augrund ihrer Ausstrahlung eine starke Anziehungskraft auf andere Menschen ausüben. Dagegen wirken die politischen Führer der Gegenwart größtenteils eher blass. Dies liegt daran, dass sie sich erst in langwierigen

Konkurrenzkämpfen gegen andere Kandidaten für Führungspositionen durchsetzen müssen. Hierbei setzen sich aber oft nicht die charismatischsten oder durch ihre besondere geistige Kompetenz überzeugenden Kandidaten durch. Stattdessen einigen sich die Führungszirkel der Parteien eher auf Kompromisskandidaten, die ihnen eine größere Gewähr für eigenen Einfluss und Mitbestimmung bieten. Im Extremfall sind die späteren Führer dann nur Marionetten für die Durchsetzung der Interessen von im Hintergrund agierenden oligarchischen Machtzirkeln.

Was von dem politischen Führer übrig bleibt, ist dann oft nur eine leere Hülle, gewissermaßen das bloße Konstrukt des Führertums statt echter Führung. Was wir in den entsprechenden Personen verehren, ist dementsprechend noch nicht einmal – wie bei Kant – das Ideal eines die Freiheit aller garantierenden aufgeklärten Monarchen. Stattdessen repräsentieren sie für uns lediglich die Idee eines disziplinierenden, den Volkswillen regulierenden Führertums. Die Folge ist ein sich selbst verstärkender Prozess der Entdemokratisierung, da ein solches Bild von politischer Führung natürlich auch entsprechend autoritär ausgerichtete Persönlichkeiten anzieht.

Es versteht sich von selbst, dass derartige Entwicklungen die Demokratie nicht nur gefährden, sondern sie letztlich ad absurdum führen. Staatliche Entscheidungsträger, die durch quasi-hypnotische, kritisches Denken unterlaufende Wahlwerbung an die Macht gelangen und diese in autoritärer, nicht-kooperativer Weise ausleben, sind de facto gar nicht demokratisch legitimiert, da sie die Grundvoraussetzung einer demokratischen Entscheidungskultur – den freien, kritischen Diskurs mündiger Bürger – untergraben.

Fakt ist aber auch, dass die Realität moderner Demokratien eher den massenpsychologischen Theorien Le Bons als dem aufklärerischen Gedankengut Kants entspricht. Dabei wäre es für die Belebung der Demokratie essenziell, diese dem kantischen Ideal des vernünftigen Diskurses eines sich selbst aufklärenden "Publikums" anzunähern. Dafür müsste allerdings zunächst die Art und Weise, wie sich demokratische Prozesse legitimieren, grundlegend überdacht werden. Dies bedeutet auch, dass die Demokratie nicht durch ein "Mehr desselben" gestärkt werden kann. Neue Formen der Volksbeteiligung wie zusätzliche Referenden helfen gar nichts, wenn die Entscheidungsfreiheit der Wählenden dabei erneut durch suggestive Beeinflussungsformen unterminiert wird und irrationale, sachfremde Impulse in die Wahlentscheidung miteinfließen.

Echte Demokratisierung setzt stattdessen zunächst einen umfassenden Akt geistiger Hygiene voraus. Wie bei den Maßnahmen zur körperlichen

Gesundheitsvorsorge müssten auch für unsere geistige Gesundheit Vorkehrungen getroffen werden, die eine Beschädigung unserer kognitiven Kräfte verhindern helfen können. Hierzu zählen insbesondere:

1. die ersatzlose Streichung der produktanalogen, auf irrationale Impulse und emotionale Effekte abzielenden Wahlwerbung. An deren Stelle müssten sachliche und themenbezogene Informationen der Wählenden treten.
2. die Vermeidung von Massenveranstaltungen. Stattdessen sollte auf Diskussionen in kleinen Gruppen gesetzt werden, da so eher eine sachorientierte Diskurskultur etabliert werden kann.
3. die Abschaffung des Führertums. Angesichts der Gefahren, die sich aus der irrationalen Beziehung zwischen Masse und Führer ergeben, sollte eine Demokratie konsequent auf kooperative Entscheidungsprozesse setzen.
4. die Abkehr von dem traditionellen Parteiensystem. Parteien implizieren stets die Subsumption von Entscheidungsprozessen unter relativ starre Programme oder bestimmte Ideologien, durch die das vorurteilsfreie Denken erschwert wird. Sie sind außerdem in der Regel hierarchisch aufgebaut und stärken so das undemokratische Ideal des Führertums. Da sie zudem der Durchsetzung von Interessen einzelner Gruppen gegen andere dienen, schwächen sie auch den Zusammenhalt der Gesellschaft.

Immer wieder ist zu hören, Demokratie sei in den modernen Massengesellschaften nur in repräsentativer Form möglich. Schließlich könne man ja nicht Tausende oder gar Millionen von Menschen unter einem Lindenbaum zum gemeinsamen "Palaver" versammeln. Wenn nun aber andererseits das kritische Denken der Wählenden in der oben beschriebenen Weise unterminiert und diesen zudem nur die Entscheidung über die jeweils die Herrschaft Ausübenden, nicht aber über die Sachfragen selbst zugebilligt wird, bedeutet das de facto nichts anderes, als dass der demokratische Gedanke vor der schieren Masse des Volkes kapituliert. Als Ausweg erscheint hier eine stärkere Dezentralisierung der Machtstrukturen, im Sinne einer Rückverlagerung von Befugnissen auf lokale Entscheidungszirkel. Diese müssten als offene Diskussionsgruppen organisiert sein, an denen unterschiedslos jeder Bürger teilnehmen könnte. Der Idee nach entspräche dies einer Umkehr der bisherigen Hierarchie, bei der die "Basis" sowohl für die Regierung als auch für die einzelnen Parteien als zu vernachlässigende Größe gilt, die man lediglich vor Wahlen in hypnotischen Massenveranstaltungen für sich gewinnen muss. Stattdessen würde sich die Entscheidungsmacht nun in wesent-

lichen Punkten auf diese Ebene verlagern. Wo nur lokale Belange betroffen sind, muss die Entscheidung auch ohne Rücksprache mit anderen Instanzen umgesetzt werden dürfen. Für die Fälle, wo eine solche Rücksprache – etwa zur Sicherstellung der Finanzierung von Projekten – erforderlich oder eine Abstimmung mit anderen lokalen Entscheidungszirkeln vonnöten ist, sind aus deren Mitte wechselnde Delegierte zu wählen, die den örtlichen Gesprächsstand in den allgemeinen Diskussionsprozess einbringen.

Alle Diskussionen in den neuen Entscheidungszirkeln müssten sich an den Grundsätzen der Sachorientierung, der uneingeschränkten Gleichberechtigung der Mitglieder und eines wertschätzenden Umgangs miteinander ausrichten. Um dies zu gewährleisten, wären folgende Punkte zu beachten:

1. Herstellung eines gemeinsamen Informationshorizonts. Allen Gruppenmitgliedern müssen vor Beginn des Diskussionsprozesses die nötigen Informationen zugänglich gemacht werden. Jedes Treffen sollte noch einmal mit einer überblicksartigen, allgemein verständlichen Zusammenfassung der Fakten beginnen.
2. Kleingruppenorientierung. Sobald ein Entscheidungszirkel eine kritische Größe übersteigt, ist er in mehrere Untergruppen zu unterteilen. So soll sichergestellt werden, dass jeder sich an den Diskussionen beteiligen kann. Die einzelnen Untergruppen wählen wechselnde Gruppensprecher, die den jeweiligen Diskussionsstand im Plenum des gesamten Entscheidungszirkels referieren.
3. Sensibilisierung für gruppendiffusivische Prozesse. Um bei den Diskussionen nicht von vermeidbaren irrationalen Impulsen abgelenkt zu werden bzw. diese zumindest selbstkritisch im Blick zu haben, sollten alle Mitglieder von Entscheidungszirkeln sich regelmäßig mit den Eigenarten gruppendiffusiver Prozesse auseinandersetzen (typische Rollenmuster, die sich dabei herausbilden, Formen unbewusster Projektion von Gefühlen auf andere Gruppenmitglieder, Ausgrenzungs- und Unterordnungstendenzen etc.).
4. Berücksichtigung von Problemen der Gesprächsführung. Dies bezieht sich zunächst auf Selbstverständlichkeiten, die allerdings im Talk-Show- und Debatten-Alltag allzu oft missachtet werden: gegenseitiges Zuhören, Bereitschaft zum Umdenken und -lernen, Kritikfähigkeit im doppelten Sinn von Selbsthinterfragung und Höflichkeit bei der Infragestellung der Positionen anderer. Um dies zu gewährleisten, benötigen strukturierte Gespräche eine qualifizierte Moderation. Diese muss jedoch wechselseitig von verschiedenen Gruppenmitgliedern

übernommen werden, um nicht auf diesem Wege informelle Hierarchien entstehen zu lassen.

Der erste Schritt hin zu einer lebendigeren Demokratie würde wohl darin bestehen, dass wir aufhören, uns über uns selbst zu belügen: Wir halten uns für rational denkende und handelnde Wesen, sind in unseren Einschätzungen und in unserem Verhalten aber vielfach von irrationalen, uns selbst unbewussten Faktoren bestimmt. Wir halten uns für mündige Bürger, ziehen uns aber oft genug in das Schneckenhaus einer bequemen, denkfaulen Unmündigkeit zurück und lassen es zu, dass andere diese eskapistischen Anwandlungen ausnutzen. Wir halten uns für eine demokratische Gesellschaft, ordnen uns aber de facto politischen Führern unter, die uns die wichtigen Entscheidungen abnehmen.

So gesehen, wären die vorgeschlagenen basisdemokratischen Entscheidungszirkel zugleich Selbsthilfegruppen, in denen man sich gegenseitig dabei helfen würde, die mangelhafte Selbsteinschätzung zu korrigieren und sich dem Idealbild eines rational handelnden – das heißt: die Fallstricke unbewusster Impulse berücksichtigenden und dadurch zu mündigen Urteilen und Entscheidungen befähigten – Menschen anzunähern.

Literatur

Freud, Sigmund: Massenpsychologie und Ich-Analyse (1921). Frankfurt/Main 1974: S. Fischer (Studienausgabe, Bd. IX).

Kant, Immanuel: Idee zu einer allgemeinen Geschichte in weltbürgerlicher Absicht (1784a). In: Ders.: Werke in zwölf Bänden, herausgegeben von Wilhelm Weischedel, Bd. XI: Schriften zur Anthropologie, Geschichtsphilosophie, Politik und Pädagogik 1, S. 31 – 50. Frankfurt/Main 1968: Suhrkamp.

Ders.: Beantwortung der Frage: Was ist Aufklärung? (1784b): In: Ebd., S. 51 – 61.

Ders.: Über den Gemeinspruch: Das mag in der Theorie richtig sein, taugt aber nicht für die Praxis (1793). In: Ebd., S. 125 – 172.

Le Bon, Gustave: Psychologie der Massen (*Psychologie des foules*, 1895; dt. zuerst 1911). Stuttgart 15. Aufl. 1982: Kröner.